

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeiger-Abteilungen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für den Anzeiger und den Anzeiger-Abteilungen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 292

Donnerstag, den 17. Dezember 1925

20. Jahrgang

### Die Mossulfrage für England entschieden.

Vierfünftel des Vilajet Mossul zum Irak geschlagen. — Noch 25 Jahre Mandate. — England dementiert. — Türkische Proteste.

Genf, 15. Dez. Der Völkerbundsrat hat seine Beratungen über die Mossulfrage beendet. Die Entscheidung des Rates wird Mittwoch nachmittag 5 Uhr in öffentlicher Sitzung verkündet. Der Schiedspruch kommt in allen wesentlichen Punkten den englischen Wünschen entgegen. Die Grenze zwischen dem Irak und der Türkei wird längs der Brüsseler Demarkationslinie laufen, die vier Fünftel des Mossulgebietes dem Irak zuweist. Das englische Mandat über den Irak wird um 25 Jahre verlängert. Außerdem wird die englische Regierung gewisse wirtschaftliche Verpflichtungen übernehmen, darunter den Abschluß von Zollverträgen mit der Türkei.

London, 15. Dez. Die in einzelnen deutschen Blättern wiedergegebene Meldung von einem Bericht des amtlichen englischen Funktionäres über die Entscheidung des Völkerbundes in der Mossulfrage ist unrichtig. Der amtliche englische Funktionär hat bisher keinerlei Mel-

bung über diese Entscheidung veröffentlicht, über die ihm bis zur Stunde keinerlei Informationen vorliegen.

Berlin, 16. Dez. Wie der „Berl. Lokalanz.“ aus Genf meldet, hat der englische Premierminister Baldwin im Namen der Londoner Regierung zu der vom Völkerbundsrat entschiedenen Verlängerung des Mandats über den Irak um 25 Jahre seine Zustimmung gegeben, die dem Völkerbundsrat in einer vertraulichen Sitzung bekannt gegeben wurde.

Genf, 15. Dez. Die Veröffentlichung der Ergänzungsberichte über die angeblichen türkischen Grenzverletzungen im Mossulgebiet durch drei Beamte der Untersuchungskommission des Völkerbundes hat die türkische Delegation veranlaßt, ein Protestschreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes zu richten, in dem sie energisch gegen die Art der Stimmungsmache Stellung nimmt und die Beeinflussung von politisch bedeutsamen Entscheidungen durch tendenziöse Berichte verurteilt.

### Kochs Programm.

Berlin, 15. Dez. Das bisherige Ergebnis der Bemühungen des Reichsministers a. D. Koch, eine Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition zu bilden, ist bekanntlich damit geendet, daß sich Dr. Koch bereit erklärte, gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister Brauns ein Arbeitsprogramm auszuarbeiten, das den kommenden Verhandlungen als Grundlage dienen soll. Dieses Arbeitsprogramm hat Reichsminister a. D. Koch im Laufe des heutigen Vormittags fertiggestellt, und es vor allen Dingen den beiden Flügelparteien, den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, zur Kenntnis übermitteln.

Ueber dieses Programm verlautet, daß es mehrere Punkte enthält, u. a. Festigung der republikanischen Staatsidee, Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik, Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Steuererlasse zum Zweck einer Milderung der Steuerlasten der minderbemittelten Bevölkerungsschichten und Übernahme des Washingtoner Arbeitszeitprogramms. Das Arbeitsprogramm enthält noch einige, aber nicht sehr wesentliche Punkte. Dieses Arbeitsprogramm ist seit zwei Uhr nachmittags Gegenstand einer interfraktionellen Beratung, an der neben den Führern der Demokratischen Partei sämtliche Vorsitzende der in Frage kommenden Fraktionen teilnehmen. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Besprechung bereits zu einem positiven Ergebnis führen wird. Man muß vielmehr damit rechnen, daß — bis auf die Demokraten und das Zentrum — die übrigen Fraktionen vorliegenden erklären werden, keine endgültigen Erklärungen abgeben zu können, bevor nicht ihre Fraktionen sich mit dem Arbeitsprogramm Dr. Kochs beschäftigt haben.

### Die Polen gegen die Bromberger Zeitung.

Unerhörter Rechtsbruch.

Warschau, 15. Dez. Das Posener Liquidationsamt hat gegen die Bromberger Verlags- und Druckereifirma Dittmann, in deren Besitz die Bromberger „Deutsche Rundschau in Polen“, das führende Blatt des Deutschums in den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten sich befindet, widerrechtlich das Liquidationsverfahren eröffnet. Die Verlagsfirma Dittmann ist ausschließlich der Besitz der gleichnamigen schon seit 40 Jahren in Bromberg ansässigen Familie, deren Mitglieder sowohl nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages als auch nach denen des Wiener Abkommens unzweifelhaft die polnische Staatsbürgerschaft besitzen, also sowohl nach Geburt als auch nach Wohnsitz polnische Staatsbürger sind. Tatsachen, die bisher von den polnischen Behörden nie angezweifelt worden sind.

### Eine zweite Dawes-Anleihe?

London, 15. Dez. Parker Gilbert, der Generalagent für Reparationen hat, wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ mitteilt, in Begleitung des Gouverneurs der Bank von England, Montague Norman, sich nach den Vereinigten Staaten begeben. Der Berichterstatter nimmt an, daß die Reise mit dem Problem weiterer Kredite für Deutschland verbunden sei, und daß sie sich in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich nach der Aussicht für eine eventuelle zweite Dawes-Anleihe erkundigen würden.

### Großer Tumult im preussischen Landtag.

Wulle versucht zu sprechen.

Berlin, 15. Dez. Die heutige Landtagssitzung nahm einen unerhört stürmischen Verlauf. Große Verbosheit herrschte schon bei dem Bericht des Rechtsausschusses über die Memorde, worüber für den Ausschuh der Kommunist Obuch Bericht erstattete. Der bekannte rheinische Rechtsanwalt stellte fest, daß sich zurzeit 28 Personen wegen Mordmord in Untersuchungshaft befinden, darunter 18 Offiziere und Jährlinge. Der Berichterstatter teilte u. a. mit, daß für die Memeorganisationsverpflichtungen gefordert und unterschrieben werden mußten, wonach den Führern dieser Organisationen „Trennung in den Tod“ verprochen wird, und weiter anerkannt wird, daß Verrat nach algermanischem Rechte mit dem Tode zu bestrafen sei.

Inzwischen war der Abg. Wulle im Hause erschienen. Sowie ihn die ersten Abgeordneten sahen, entstand im Hause außerordentlich große Anruhe, und zwar bei sämtlichen Parteien. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten äußerten ihren Unmut über das Erscheinen Wulles in sehr heftigen Worten. Auf der Tribüne war immer wieder das Wort „Mordbube“ zu hören.

Der Abg. Lewerenz-Krefeld, ein Sozialdemokrat, stieg schließlich auf die Rednertribüne und gab in großer Erregung die Erklärung ab: „Es bewegt sich hier im Saal immer noch ein Mann, der unter dem starken Verdacht steht,

Beteiligter an einem Mord zu sein.

Die Worte wurden mit großem Lärm und großer Unruhe aufgenommen. Eine Anzahl Abgeordnete rief: „Anstifter zum Mord.“

Der Redner fuhr fort: „Wir haben gehört, daß dieser Mann es jetzt sogar noch gewagt hat, sich zum Wort zu melden. Er will also, daß dieses Haus von der Tribüne herab beschimpft wird.“

Große Anruhe im ganzen Hause. Man hört die Glocke des Präsidenten. Vermutlich erhärt der Redner auch einen Ordnungsruf. Trotz des ungeheuren Entrüstungsturmes, der sich gegen Wulle richtet, betritt dieser die Tribüne. Augenblicklich verlassen die Sozialdemokraten unter scharfen Protestrufen den Saal. Von den Worten Wulles ist auch nicht ein einziges zu verstehen, weil ein ungeheurer Lärm veranstaltet wird. Anruhe herrscht bei allen Parteien. Die Kommunisten organisieren für sich aber eine Värmberanstaltung, durch die planmäßig jede Ausführung Wulles unmöglich gemacht wird. Rufe wie: „Wassbube, Mordbube, Mörder“ schallten durch den Saal.

Der Präsident — Vizepräsident G a r n i c h, der der Deutschen Volkspartei angehört — vermag den Lärm nicht niederzukämpfen und unterbricht die Sitzung auf fünf Minuten. Diese Zeit benutzt er zur Fühlungnahme mit den Demonstranten und erklärt nach Wiedereröffnung der Sitzung, daß es Pflicht des Präsidenten sei, einem Redner des Hauses auch Gehör zu verschaffen. Es bestehe für ihn keine Möglichkeit, dem Abg. Wulle, der nach der Geschäftsordnung der Verfassung im Landtag auftreten könne, an irgendwelchen Ausführungen zu hindern. Er werde sich leider genötigt sehen, bei weiteren lärmenden Demonstrationen von den schärfsten geschäftsordnungsmäßigen Mitteln Gebrauch zu machen.

Wulle erscheint wieder. Erneut empfangen ihn Zurufe: „Mordbube, Mörder!“ Seine Worte verhallen ungehört. Die Mehrzahl der Abgeordneten verläßt den Saal.

### Der ungarische Numerus clausus vor dem Völkerbundsrat.

Wahre Demokratie wird immer im Wege einer freien Diskussion zu einer mittleren Linie führen. Daher werden die Ergebnisse demokratischer Behandlung selten die Anhänger radikaler Anschauungen befriedigen. Die Demokratie, die im Schoß des Völkerbundes betrieben wird, führt aber zu einer mittleren Linie, die den gemäßigten und bedächtigen Demokraten mißfallen muß. Denn sie verliert sich häufig in einer undefinierbaren grauen Masse, die jedermann anwidern muß, der noch für ein klares Urteil Sinn hat. Gewiß spielen die Machtverhältnisse dabei die Hauptrolle und sicherlich müssen die Entscheidungen des Völkerbundes schon im vornherein auf die Zusammensetzung des Völkerbundes, ja sogar auf jedes einzelne seiner Mitglieder Bedacht nehmen. So war es im Falle des italienischen Vorkisses in Korfu, so geht es jetzt nicht viel anders in der Mossulfrage. Vielleicht weist die erste Ausnahme von dieser schwächlichen Praxis im Falle des Balkanostriks auf eine günstige Wendung in absehbarer Zeit hin, da diesmal wirklich ein Urteil gesprochen wurde. Eine schwere Enttäuschung bildet aber gleich darauf die Stellungnahme des Völkerbundes in der Frage des ungarischen Numerus clausus-Gesetzes, deren Erörterung wieder auf eine spätere Tagung verschoben wurde. Damit hat sich aber der Völkerbund das Lob der ungarischen Rassenkämpfer, der Gömbös und Eckhardt, der Beschüßer der Erbsbergermörder und der Verantwortlichen an den tröstlichen Rechtsverhältnissen in Ungarn, verdient. Die ganze demokratische Welt erwartete, daß der Völkerbund dem Vorkissereime diesmal eine empfindliche Niederlage zufügen werde. Statt dessen hat das Parlament der demokratischen Welt, wie man den Völkerbund bereits genannt hat, die Feinde der Demokratie im Herzen Europas laufen lassen.

Das Gesetz über die Ausnahmesbeschränkungen der jüdischen und der demokratisch-sozialistischen Studenten auf den ungarischen Hochschulen wurde in der Sitzung der ersten weissen Nationalversammlung von 1920 beschlossen. Man beachte nur die Formulierung des Titels zu diesem Gesetz, mit dessen Hilfe nicht nur die jüdische Jugend, sondern auch die demokratische und die sozialistische von den Hochschulen ferngehalten werden soll, selbstverständlich die sozialdemokratische, die gleich zwei Leibesfehler in einer Person vereinigt, indem sie demokratisch und sozialistisch ist. Die reichen Juden konnten sich das Recht, dennoch zu studieren, für ihre Söhne und Töchter erkaufen, die unermittelten bekamen die Numerus clausus-Bestimmungen zu hören, auch wenn sie bereits einige Semester an einer Hochschule gehört hatten. Das Gesetz traf also in erster Linie die armen Studenten, die jüdischen und die christlichen, die den Mut hatten, sich zu einer Weltanschauung zu bekennen, die gerade in Ungarn nicht erlaubt ist. Die Maßregel der ungarischen Regierung hatte zur Folge, daß die ausländischen Unversitäten mit jüdischen Studenten aus Ungarn überflutet wurden. Überall entstanden für die Kernsten eigene Hilfskomitees, denen aber schließlich die Last zu groß wurde. Das Londoner jüdische Hilfskomitee rief daher den Völkerbundrat an, ob das Gesetz mit dem in allen Friedensverträgen festgelegten Grundgesetz der Gleichheit nicht im Widerspruch stünde. Lucien Wolf, der Vorsitzende des Londoner Komitees, verwies auch darauf, daß das Vorgehen der ungarischen Regierung auch andere Staaten anregen könnte, gegenüber den Angehörigen ihrer nationalen Minderheiten eine ähnliche Stellung anzunehmen, zumal in manchen Staaten die Tendenz besteht, die Juden auch als nationale Minderheit anzusehen.

Graf Bethlen hat seinen Unterrichtsminister Rudo Klebelsberg, den Führer der rassenkämpferischen freien Königswähler, nach Genf mitgenommen. Dort hatte dieser die Stier, zu behaupten, daß der Numerus clausus dem Schutz der jüdischen Studenten diene, denn ohne dieses Gesetz hätten die antisemitischen Studenten den Juden überhaupt den Zutritt zu den Hochschulen verweigert. Nach einigen Schwanungen, wurde der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und der Völkerbund sanktionierte damit den Standpunkt der magyarischen Rassenkämpfer. Graf Bethlen versicherte den Dritten in Genf, daß nach einer Verringerung der sozialen Verhältnisse in Ungarn das Gesetz über den Numerus clausus abgeändert werden wird. Damit hat sich der Völkerbund zufrieden gegeben. In Wirklichkeit bestehen aber in Ungarn keine abnormalen sozialen Verhältnisse, sondern vielmehr ein politisches Ausnahmeregime der Gewalt und des Terrors, das allen Forderungen einer modernen Demokratie zum Troh, Menschenrecht und Menschenwürde immer von neuem schändet.

### Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 15. Dez. Staatssekretär Dr. Trendelenburg besprach nachmittags mit dem Handelsminister die Lage, die sich auf Grund der bisher ausgetauschten Vorschläge und zwar des deutschen Vorschlages vom 30. September und des französischen vom 20. Oktober für die Fortführung der Wirtschaftsverhandlungen ergibt. Auf französischen Wunsch wurde die nächste Unterredung auf den 17. Dezember angesetzt.

20.-  
40.-  
13.25  
5.80  
15.-  
ssaires  
eder  
9. 5.  
beutel  
Leder  
75 6.-  
schuhe  
Leder  
50 5.-  
Auswahl  
dt  
straße  
tsseite  
hlen  
fische,  
ue.  
nd  
er in  
n  
shuchen  
ho sowie  
18.1  
fon 938.  
tauf,  
t Tage  
Ca.  
gen  
stem  
ungen  
ntner